Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im am 15. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 6gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 75 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntagsnr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 591. Halle, Donnerstag, den 18. Dezember 1919. Einzelpreis 10 Pfg.

Annahme des Reichsnotopfers.

Erzberger über den Erfolg der Sparprämienanleihe. — Der Gastwirtstreik in Berlin.

WTB. Berlin, 17. Dez. (Drahtnachricht.) Die Nationalversammlung hat heute das Reichsnotopfer in dritter Lesung angenommen, ebenso in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Steuernachsicht.

Aus der Nationalversammlung.

Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Die Nationalversammlung ist bemüht, in Dauersitzungen noch einen möglichst großen Teil des Beratungsstoffes vor der Beratungspause, die bis zum 4. Februar dauern soll, zu erledigen. Die Annahme des Reichsnotopfers in dritter Lesung gilt als gesichert. Die Vertagung wird am Donnerstag, spätestens Freitag erfolgen.

Aus dem interfraktionellen Ausschuß der Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 17. Dez. Wie WTB. hört, beschloß der interfraktionelle Ausschuß der Nationalversammlung, vom 13. bis 17. Januar 1920 das Betriebsrätegesetz zu erledigen. Hierauf wird eine weitere Pause in den Plenarverhandlungen bis Mitte Februar eintreten, während die Ausschüsse inzwischen weiter arbeiten werden. Der Aeltestenrat wird zu diesem Zweck Beschluß noch Stellung nehmen.

Unregelmäßigkeiten bei der Werbetätigkeit für die Sparprämienanleihe.

WTB. Berlin, 17. Dez. (Drahtnachricht.) Durch einen Teil der Presse geht heute die Nachricht, daß bei der Werbetätigkeit für die Sparprämienanleihe Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, daß z. B. zur Erzielung günstiger Werbeartikel übermäßig hohe, einer Bestechung gleichkommende Sonderhonorare bewilligt und für entsprechende Druckaufträge Ueberpreise bewilligt worden sind. Es wird eine eingehende Untersuchung stattfinden.

Selbstverständlich wird eine solche Untersuchung stattfinden. Schon vor der Veröffentlichung hat namens des Reichsfinanzministeriums das zuständige Untersekretariat den Geheimen Regierungsrat Norden beauftragt, eine Prüfung der geschäftlichen Vorgänge bei der Propaganda vorzunehmen, die bereits seit einiger Zeit im Gange ist. Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß gegebenenfalls rücksichtslos zugegriffen werden wird. Das Ergebnis der Untersuchung wird mitgeteilt werden.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung wurde ein Nachtragsetat von 800 Millionen Mark angenommen zum Zwecke der Durchführung des Elektrizitätsgesetzes. Ferner wurde eine außeretatsmäßige Summe für eine 50 prozentige Erhöhung der Teuerungszulagen der Reichsbeamten bis zur Fertigstellung der Besoldungsordnung bewilligt.

Zweitägiger Streik der Gastwirtschaften in Berlin.

Berlin, 17. Dezember. Eigene Drahtnachricht.) Die heutige Riesenversammlung der Vereinigten Verbände des Gastwirtsgewerbes hat mit überwiegender Mehrheit den Beschluß gefaßt, zum Zeichen des Protestes gegen die Einführung der Mucherpreise auf zwei Tage sämtliche Gastwirtschaften, Hotelrestaurants, Kaffees und Konditoreien zu schließen. Die Folge dieses Beschlusses ist, daß von morgen früh ab die in Berlin anwesenden Fremden, sowie das Heer der auf das Essen in Restaurants angewiesenen Einheimischen ohne Beköstigung ist.

WTB. Berlin, 17. Dez. Wie die Abendblätter zum Gastwirtstreik weiter melden, soll die Kommission mit den Behörden weiter verhandeln. Wenn die Verhandlungen bis Anfang Januar zu keinem befriedigenden Ergebnis führen würden, sollen in ganz Deutschland die Gastwirte veranlaßt werden, ihre Gaststätten zu schließen.

Die Besatzung der Scapa Flow-Schiffe

Basel, 17. Dezember. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des „Journal" aus London, kündigte Bonar Law die Freilassung der deutschen Besatzung der Schiffe von Scapa Flow an, sobald Deutschland die Schadenersatzfrage im Sinne der Alliierten entschieden habe.

Die republikanische Bewegung in Rumänien

Bukarest, 17. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Die republikanische Bewegung breitet sich im Lande immer mehr aus. Die Tatsache, daß der König die Kabinettsbildung siebenbürgischen Politikern übertragen hat, steigerte die Unzufriedenheit der Massen, die von den Führern der republikanischen Partei Take Jonescu und Averescu lebhaft gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages aufgehetzt werden. In Braila und Galatz haben sich Arbeiterräte gebildet. Auch in der Armee macht sich eine gefährliche Gärung bemerkbar, da die Truppen durch den Befehl zur Räumung des besetzten Gebietes erbittert sind. In Karrad und Großwardein haben rumänische Bataillone die Durchführung des Rückzugsbefehls verweigert.

Awalow-Bermondt in der Nervenheilanstalt.

Berlin, 17. Dezember. (Eigene Drahtnachricht.) Oberst Awalow-Bermondt, der bisherige Führer der russischen Westarmee hat, wie verlautet, unter dem Zusammenbruch seines militärischen Unternehmens seelisch so schwer gelitten, daß er in eine Nervenheilanstalt gebracht werden muß.

Ein Weltflug.

Kopenhagen, 17. Dez (Eig. Drahtnachricht.) „Politiken" meldet aus London: Hier wird ein Konkurrenzflug um die Welt vorbereitet. Der amerikanische Aeroklub hat die Pläne ausgearbeitet, und es sollen allen Klassen von Aeroplanen und Luftschiffen an diesem Konkurrenz teilnehmen.

Aufhebung der Blockade gegen Rußland?

Kopenhagen, 17. Dez (Eig. Drahtnachricht.) „Politiken" meldet aus London: Die Regierung hat den in der Kammer gefaßten Beschluß der Aufhebung der Blockade gegen Rußland angenommen und die Wiederaufnahme der Verbindung mit der de facto in Rußland existierenden Regierung befürwortet.

25 englische Bataillone ins Ausland.

WTB. London, 17. Dezember. „Daily Telegraph" vernimmt, daß 25 Infanteriebataillone Befehl erhalten haben, sich zur Ausreise nach dem Auslande bereit zu halten. Davon sollen fünf nach Aegypten, sieben nach dem Rheinlande und zwei nach den Abstimmungsgebieten kommen. Der Abtransport werde wahrscheinlich im Januar beginnen.

Harmsworth über die Lebensmittelversorgung Oesterreichs.

WTB. London, 17. Dezember. Havas. Im Unterhause teilte Harmsworth auf eine Anfrage mit, daß bei den Verhandlungen in Dorpat noch keine Entscheidungen getroffen seien. Die polnische, die ukrainische und die finnische Regierung nahmen an den Verhandlungen nicht teil. Den Regierungen der baltischen Provinzen sei volle Handlungsfreiheit gelassen. Auf eine weitere Anfrage erklärte Harmsworth, die Berichte der englischen Vertreter in Wien und auch andere Berichte zeigten, daß die Lebensmittelversorgung Oesterreichs kritisch sei. Die britische Regierung tue alles, was in ihrer Macht stehe, um eine Besserung der Lage herbeizuführen. Aber sie bedürfe hierzu der Mitarbeit der alliierten und assoziierten Mächte. Es seien vorläufig Maßnahmen getroffen worden, um die Versorgung Oesterreichs bis zum 31. Januar sicherzustellen.

Die englisch-französischen Abmachungen.

Paris, 17. Dezember. Die Ministerpräsidentschaft teilt folgende Note über die wirtschaftlichen und finanziellen Abmachungen mit: Die Besprechungen bezogen sich auf die Arbeitsweise der Wiedergutmachungskommission. Sie erwiesen die Uebereinstimmung in den Ansichten der beiden Regierungen. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage wurde eingehend geprüft zwecks Bekämpfung des niedrigen, alle Länder schädigenden Wechselkurses. Die britische Regierung stimmte der Aufnahme einer französischen Anleihe bei. Zeitpunkt und Höhe derselben werden in einer besonderen Uebereinkunft zwischen den beiden Regierungen festgelegt werden. Schließlich wurde beschlossen, daß das System zur Bezugnis der Ausfuhr von Kohlen vorläufig einige Tage verlängert werden soll, um die Frage neuerdings zu prüfen.

Das System der Geheimverträge.

WTB. Amsterdam, 17. Dez. „Westminster Gazette" schreibt in bezug auf die in Downing Street abgehaltenen Konferenzen, in Frankreich werde man über die Aussicht auf ein neues militärisches Sonderabkommen zwischen England und Frankreich erfreut sein. Für England sei diese Nachricht jedoch sehr beunruhigend. Die Rückkehr zu dem System der Geheimverträge bedeute die vollkommene Vernichtung aller Voraussetzungen, auf denen der Völkerbund beruhe.

Zur Verwaltungsreform in Preußen.

Von Georg Nebehn-Elbing.
Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

Der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung werden in Kürze die Vorlagen der Verfassung, Städteordnung, Verwaltung zur Beratung und Beschlußfassung zugehen. Alle Reformen müssen nicht nur entsprechend der modernen Zeit auf demokratischer Grundlage aufgebaut werden, sondern bedürfen auch eingehender Prüfung in bezug auf das Fortschreiten zum Einheitsstaat. Sehr viele Wähler aller demokratischen Richtungen haben mit dem Einheitsstaat Deutschland gerechnet. Aber selbst die Revolution hat dieses Ziel nicht erreicht. Wer nun aber glaubt, wir stecken noch vollkommen in einem Föderativstaat, der irrt. Der Einheitsgedanke marschiert und findet seinen stärksten Niederschlag in der Reichsverfassung. Diese Verfassung beginnt bereits stark zu wirken. Die Steuerhoheit ist inzwischen den Bundesstaaten abgenommen, die Verkehrsmittel — Eisenbahn, Wasserstraßen — und viele andere Rechte müssen an das Reich abgetreten werden. Die „Verreichlichung" dieser Verwaltungen ist ein Ruck vorwärts zum Einheitsstaat und beseitigt die großen Mängel der vielfach widersprechenden Maßnahmen der Bundesstaaten. Unsere Finanzen gebieten ohnehin eine Vereinheitlichung. Aber weiter: die Beschneidung der Hoheitsrechte der Bundesstaaten zwingt auch diese, mit dem Abbau ihres Verwaltungskörpers zu beginnen.

In Preußen bestand bisher als Zentralverwaltung das Staatsministerium, zusammengesetzt aus den Ministerien des Innern, der Finanzen, der Justiz, des Krieges, von Handel und Gewerbe, von Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, der öffentlichen Arbeiten, der Landwirtschaft, Forsten und Domänen, sowie für Wohlfahrt.

Als erstes ist das Ministerium des Krieges aufgelöst worden, so daß zurzeit noch acht Ministerien bestehen. Auch dieser Umfang läßt sich für die Zukunft nicht mehr verantworten. Die nächste ins Schwanken geratene Zentralverwaltung ist das Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Ihr werden die beiden Abteilungen Eisenbahn und Wasserstraßen abgenommen. Die dritte Abteilung, der Hochbau, hat während des Krieges eine erhebliche Schwächung durch Abgabe des Wohn- und Siedelungswesens erfahren. Es bleibt daher nur eine verstümmelte Hochbauabteilung. Im Zeichen der Technik haben nun die Techniker den Wunsch, daß bei der Neugestaltung der Verwaltungen alle technischen Zweige zusammengefaßt werden. Kleine Abweichungen sind natürlich zugelassen. In den einzelnen Ministerien sind eine ganze Reihe technischer Aufgaben zu lösen. Sie würden bei einer Zusammenlegung eine selbständige Verwaltung, ein technisches Ministerium, vollauf rechtfertigen.

Des weiteren werden dem Ministerium für Handel und Gewerbe umfangreiche Gebiete, wie z. B. die Gewerbeinspektion und die Bergwerke, vom Reiche abgenommen. Die Beratungen bei der Verwaltungsreform werden ergeben, wie weit ein Ministerium für Handel und Gewerbe unter den obwaltenden Umständen aufrechtzuerhalten ist. Eine sachliche Prüfung könnte vielleicht zu einer Zusammenlegung der beiden Ministerien der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe zu einem Ministerium für Technik und Wirtschaft führen. Beide Abteilungen hätten ihre Selbständigkeit bei einem gemeinsamen Oberhaupt zu wahren.

Dem Finanzministerium sind bereits die Rechte der Steuerhoheit genommen, und auch andere Verwaltungszweige werden dem Reiche übergeben werden müssen. Vergegenwärtigt man sich die Tragweite einer größeren Autonomie der preußischen Provinzen, also die Abgabe zahlreicher Arbeitsgebiete aus dem Ministerium des Innern an die Provinzialverwaltung, so taucht unwillkürlich der Gedanke an eine Verbindung dieser letztgenannten Zentralverwaltungen zu einem Ministerium des Innern und der Finanzen unter Wahrung der Selbständigkeit der beiden Abteilungen unter einer gemeinsamen Verwaltung auf.

In neuerer Zeit wird von den Medizinern ein Ministerium für Volksgesundheit gefordert. Wenn auch bei der Durchführung des Einheitsstaates ein Reichsministerium für Volksgesundheit das Ziel sein sollte, so werden die Länder nicht ohne eine derartige Abteilung bleiben können. In Preußen besteht das Wohlfahrtsministerium mit drei Abteilungen, von denen die eine ausgesprochen technische Angelegenheiten bearbeitet. Diese Abteilung gehört in das neue technische Ministerium. Dahingegen sollten die Medi-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191218016/fragment/page=0001

zinalangelegenheiten aus anderen Ministerien zusammengefaßt werden und dann könnte das Ministerium zu einem der Volksgesundheit und Wohlfahrt gestaltet werden.

Wir befinden uns in einer Zeit der Reformen. Diese lassen sich nur durch sachgemäßes Durchgreifen im Gesamtinteresse durchführen. Ein organisches Werk muß geschaffen werden. Sonst entsteht Stückwerk, das Unzufriedenheit erregt. Andererseits darf Preußen kein Hindernis auf dem Wege zum Einheitsstaat werden. Preußen ist vielmehr gewillt, den Einheitsstaat zu fördern, jedoch unter Mitwirkung aller Länder. Preußen wird bei seiner Verwaltungsreform sowohl den neuen Forderungen Rechnung tragen, wie auch die Abschwächung der Bedeutung der Länder vollauf berücksichtigen müsse..

Deutsche Nationalversammlung.

(Fortsetzung.)

Abg. Wetzlich (Dn.) begründet einen Antrag Arnstadt, einen Paragraphen 7a einzufügen, wonach Lieferungen über 300 000 Mark jährlich umsatzsteuerpflichtig sind, die bei einem Unternehmen, das aus verschiedenartigen Betrieben besteht, aus einem dieser Betriebe an einen andern geliefert werden. Umsätze unter dieser Summe sollen frei bleiben.

Der Antrag wird, nachdem ein Regierungsvertreter dessen Durchführbarkeit für unmöglich erklärt hat, abgelehnt.

Zu Paragraph 31 und 31a begründet

Abg. Kempkes (D. Vpt.) einen Antrag wegen Herabsetzung der Inseratensteuer auf 5 Prozent und wegen Streichung der Stoffselung, sowie einen Eventualantrag auf Herabsetzung der Staffelung.

Abg. Ruschke (Dem.) stimmt den Anträgen zu. Eine Reklamesteuer sei ein Unsinn in einem Umsatzsteuergesetz, denn die Reklame solle doch den Umsatz fördern.

Abg. Sidow (Soz.) beantragt zu Paragraph 31a eine andere Fassung, wonach die Ermäßigung der Inseratensteuer nach der Stoffselung des Ausschusses für Zeitungen ohne weitere Klauseln eintritt.

Dieser Antrag wird angenommen. Der Rest des Gesetzes wird angenommen.

Damit schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung 3 Uhr: Reichsnotopfer u. a.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß der Antrag auf Zurückweisung des Reichsnotopfers an die Kommission wieder eingebracht werden wird.

Schluß 1¾ Uhr.

*

Nachmittagssitzung.

WTB. Berlin, 17. Dezember. 132. Sitzung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten.

Dritte Beratung über

das Reichsnotopfer.

Es liegt ein Antrag Dr. Becker-Nießer (D. Vpt.) vor, den Gesetzentwurf sofort an den zuständigen Ausschuß zurückzuverweisen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) erklärt namens seiner Partei, sie erhebe vor der Verabschiedung der Vorlage laut ihre warnende Stimme und lehne jede Verantwortung für die Folgen des Gesetzes ab. Sie beantrage, wie bei der zweiten Lesung, die Umänderung des Notopfers in eine Zwangsanleihe.

Abg. Dr. Nießer (D. Vpt.) begründet den Antrag Dr. Becker-Nießer. Die Zurückweisung soll besonders den Zweck haben.

auf eine Erklärung der Entente zu drängen,

daß das Reichsnotopfer nicht von der Entente beschlagnahmt wird. Dem Reichsnotopfer steht eine feste geschlossene Phalanx aus Landwirtschaft, Handel, Industrie und Handwerk entgegen.

Vizepräsident Löbe teilt mit, daß zu dem Antrag Becker-Nießer namentliche Abstimmung beantragt wird.

Abg. Waldstein (Dem.): Unsere Fraktion steht einmütig auf dem Standpunkt, daß der Besitz zu einer starken Sonderbesteuerung herangezogen werden muß. Eine Minderheit hat aber erhebliche Bedenken gegen die vorliegende Form des Notopfers. Die Mehrheit meiner Partei stellt jedoch alle Bedenken zurück.

Abg. Wurm (U. S.): Wir lehnen den Antrag Becker-Nießer ab. Wir erwarten, daß der Reichsfinanzminister sein Versprechen hält und das Gesetz über die tote Hand bald einbringt. Die Vorschläge Dr. Becker-Nießer würden dem Reiche nicht dasselbe einbringen, wie das Reichsnotopfer.

Abg. Dr. Braun (Soz.): Wir sehen in der Vorlage nicht das verwirklicht, was wir gehofft haben. Aber wir haben in der Kommission daran arbeiten helfen, um alles für die kleinen Vermögen zu tun, was möglich war. Ebenso sind wir den Auslandsdeutschen möglichst entgegengekommen.

Minister Erzberger: Die Kommission für die Vorbereitung eines internationalen Steuerrechts ist bereits an der Arbeit.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.): Wir haben keine Sabotage gegen die Sparprämienanleihe getrieben. Aber der Abgeordnete Dr. Friedberg hat heute im Abgeordnetenhause gesagt, nach dem Mißerfolg der Anleihe hätte jeder andere Finanzminister

sich in das Privatleben zurückgezogen.

Und Ministerpräsident Hirsch hat davon gesprochen, daß Preußen einen Vorschlag gemacht habe, der Entente den Zugriff unmöglich zu machen.

Minister Erzberger: Die Angriffe des Dr. Friedberg lassen mich furchtbar kalt.

Das Resultat der Sparprämienanleihe ist außerordentlich befriedigend.

80 Prozent aller Zeichnungen sind von kleinen Leuten. Die Großkapitalisten haben allerdings in einer noch nicht aufgeklärten Weise sich ihrer Pflicht gegen das Vaterland entzogen. Es ist eine Unterfuchung eingeleitet wegen der

angeblichen Unzulässigkeiten im Reklamewesen für die Anleihe.

Wenn Dr. Friedberg davon gesprochen hat, ich hätte das Gutachten des Justizministers abgeändert, so werde ich der Sache weiter nachgehen. Die Behauptung ist keineswegs Beweis würdig. Sie ist vollkommen erfunden. Korrekturen und Aenderungen an dem Gutachten des Justizministers sind nicht vorgenommen worden. Ich weise das mit der größten Entrüstung von mir. (Zurufe rechts.) Die preußischen Stimmen sind alle für die Einbringung des Reichsnotopfers gewesen. Nach der zweiten Lesung hat der preußische Finanzminister von sich eine Anregung weitergegeben, das Reichsnotopfer müsse in Kriegsanleihe gezahlt werden. Das habe ich abgelehnt,

weil ich sonst nie zu Bargeld kommen würde.

Gegenüber dem Treiben gewisser Kreise scheint es leichter zu sein, in diesem Hause indirekte Steuern zu verabschieden, als dem Kapital zu nahe zu treten. Gegen dieses Treiben gibt es nur ein Mittel die Annahme des Reichsnotopfers. (Sehr richtig bei der Mehrheit. Lärm rechts.)

Abg. Dr. Most (D. Vpt.) weist auf die offenbare Untätigkeit in der demokratischen Partei, deren Führer, Dr. Friedberg, von Herrn Erzberger abrückt. (Lärm bei der Mehrheit.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Waldstein (Dem.) und Dr. Most (D. Vpt.) wird namentlich abgestimmt, über den Antrag Becker-Nießer betreffend Zurückverweisung an die Kommission.

Der Antrag wird mit 223 gegen 50 Stimmen abgelehnt bei 1 Stimmenthaltung.

Die einzelnen Paragraphen werden nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit geringen Abänderungen angenommen.

Damit ist das Reichsnotopfer erledigt.

Es folgt die zweite Lesung des

Gesetzentwurfes über die Steuernachsicht.

Das Gesetz wird nach unwesentlicher Aussprache angenommen, ebenso in dritter Lesung.

Er folgt der vom Bevölkerungsausschuß beantragte Gesetzentwurf betreffend die Gast- und Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung.

Abg. Frau Zietz (U. S.): Das Gesetz wird die weiblichen Kellner aus den Lokalen verdrängen, aber nicht die Unsittlichkeit. Die verdrängten weiblichen Kellner aber werden der Prostitution verfallen.

Abg. Kahenstein (Soz.): Der Entwurf ist im Einverständnis mit der Mehrheit der Parteien entstanden. Der Kampf gegen diesen Notstand mußte aufgenommen werden.

Abg. Frau Rohm (Dn.) spricht für den Entwurf, ebenso Abg. Frl. Dr. Lüders (Dem.).

Das Gesetz wird mit einem Zusatzantrag der Unabhängigen in allen drei Lesungen angenommen.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr: kleinere Vorlagen; dritte Lesung der Umsatzsteuer.

Schluß gegen 7¾ Uhr.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 17 Dez. Am Ministertische: Hirsch.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Der Gesetzentwurf zur Sicherung der Ueberführung der Privatbergbauregale an den Staat wird endgültig angenommen.

Zur

dritten Haushaltsberatung

führt

Abg. Dr. Friedberg (Dem.) aus, daß es ein ganz niedriger Vorwurf sei, zu sagen, die Demokraten seien gegen das Erzbergersche Reichsnotopfer, weil sie sich von ihren Millionen nicht trennen könnten. Redner fährt dann fort: Nach unserer Meinung handelt es sich hier um eine schwere wirtschaftliche Schädigung des Vaterlandes. Das Betriebskapital der Unternehmer gerade jetzt durch eine hohe Steuer zu verringern, ist ein großer Mangel an wirtschaftlichem Verständnis.

Erzbergers Steuerpolitik ist nicht nur blutiger Dilettantismus, sie ist geradezu Herostratentum.

Der Mißerfolg der Sparprämienanleihe ist ein Zeichen für den Mißerfolg der ganzen Erzbergerschen Finanzpolitik. Redner hält es für unbegreiflich, daß die Rechte jetzt selbst den Etat ablehnt, da es doch noch andere Formen gebe, um sein Mißtrauen auszudrücken. In dieser Zeit der Not müßten sich alle in der Arbeit für das Vaterland zusammenfinden und keine Partei das Recht haben, zu sagen: Ich bin Oppositionspartei. Der Antrag auf Begründung des deutschen Einheitsstaates sei nur zu verwirklichen, wenn der unitarische Wille auch bei allen anderen deutschen Ländern vorhanden sei. Preußen solle nicht zersplittert werden, sondern in dem großen einheitlichen Reiche aufgehen. Die Haltung der Deutschen Volkspartei, der der Antrag doch eigentlich aus der Seele gesprochen sei, zeige, daß ihr

der große nationale Schwung völlig verloren gegangen

sei. Der Uebergang der preußischen Eisenbahnen an das Reich dürfe nicht überstürzt werden und die preußischen Finanzen schädigen. Es liege für die Rechte kein Grund vor, die jetzige Regierung herabzusetzen.

Ministerpräsident Hirsch: Falls der Antrag auf Schaffung des Einheitsstaates angenommen wird, werden wir uns mit der Reichsregierung in Verbindung setzen, um eine Zusammenkunft der Länderregierungen zu veranlassen. An der preußischen Verfassung werden wir weiter arbeiten und sie dem Hause unterbreiten. Eine Initiative bezüglich des Anschlusses der thüringischen Staaten an Preußen werden wir nicht ergreifen, einen von jener Seite an uns gelangenden Antrag aber auch nicht ablehnen.

Abg. Bellert (U. S.) erklärt, daß nur das Rätesystem, zu dem sich zahllose Arbeiter bekennen, den Wiederaufstieg ermögliche. Seine Partei werde im Kampfe gegen den Kapitalismus nicht nachlassen.

Abg. Stendel (D. Vpt.) meint, daß der Antrag auch für seine Partei annehmbar wäre, wenn in ihm die Worte „Noch vor Einbringung der preußischen Verfassung" gestrichen würden. Die Vorwürfe des Ministerpräsidenten gegen seine Partei weise diese entschieden zurück. Das Auftreten des Ministerpräsidenten habe an Diederich Hahn nach dem Ausscheiden aus der Nationalliberalen Partei erinnert. Wenn die Deutschdemokraten sich auf den Standpunkt stellen, wer nicht arbeiten will, mag verhungern, dann mögen sie endlich dafür sorgen, daß die Erwerbslosenunterstützung auf eine andere Grundlage gestellt wird.

Minister Heine erklärt, es nicht dulden zu wollen, daß Beamte sich an monarchischen Demonstrationen gegen die Republik beteiligen. Aber auch terroristische Gewaltakte werde er staatsrechtlich verfolgen lassen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Der Antrag der Mehrheitsparteien, den deutschen Einheitsstaat betreffend, wird mit 210 gegen 32 Stimmen angenommen.

In Besprechung der Einzelhaushalte begründet beim Eisenbahnhaushalt

Abg. Dr. Hager (Ztr.) die förmliche Anfrage, was die Regierung zur

Verbesserung des Personenzugsverkehrs

tun wolle. Vor allem müsse der Schleichhandel mit Fahrkarten unterbunden werden.

Minister Oeser erklärt, daß die Einschränkung des Personenverkehrs, die solche Mißstände zeitigte, noch eine Zeitlang anhalten werde. Unsere Eisenbahnverhältnisse seien nicht schlechter als die ausländischen, trotzdem wir die besten Lokomotiven und Wagen hätten abgeben müssen. Die Kohlenförderung ist in allmählicher Steigerung begriffen. Die Wagengestellung ist besser als im Oktober, die Kartoffelabfuhr in letzter Zeit knapp bewältigt worden. Der Minister würde es mit Freude begrüßen, wenn die Reisebüros Einrichtungen treffen würden, den Vorverkauf auch auf die vierte Klasse auszudehnen. Dem Schleichhandel mit Fahrkarten sucht die Verwaltung durch verschärfte Kontrolle zu begegnen. Eisenbahnbeamte, die bei Diebstählen ertappt wurden, werden rücksichtslos entfernt. Die Leistungen der Eisenbahnen sind trotz der schlechten Beschaffenheit der Kohlen in den letzten Wochen erheblich gestiegen. Für die Lokomotivführer, die lange Strecken zurücklegen, haben wir ein ausgezeichnet bewährtes Prämiensystem eingeführt.

Abg. Hasloff (Dn.) bezeichnet als bestes Mittel gegen Korruption der Beamten ausreichende Bezahlung. An die Spitze der Eisenbahnverwaltung gehöre ein Fachmann.

Abg. Steringer (Soz.) lehnt namens seiner Partei den Antrag der Deutschen Volkspartei ab, der sich gegen Uebernahme der preußischen Bahnen an das Reich vor dem 1. April 1921 ausspricht. Die Frage der Uebertragung der Wasserstraßen auf das Reich bedürfe noch gründlicher Erörterung. Redner fragt den Minister, ob es zutreffe, daß die Lokomotivindustrie mangels genügender Aufträge schon die Arbeit strecken müsse.

Abg. Riedel-Charlottenburg (Dem.) dankt dem Minister, daß er das Bahnwesen allmählich wieder zu einer Aufwärtsentwickelung führe. Das ganze Verkehrswesen müsse aber möglichst bald in des Reiches Händen vereinheitlicht werden. Man soll damit nicht bis zum 1. April 1921 warten, weil es zwischendurch an dem einzelstaatlichen Interesse für den Ausbau der Bahnen fehle.

Minister Oeser: Die Denkschrift über den Mittellandkanal ist fertiggestellt und wird dem Hause in absehbarer Zeit zugehen. Die Zahl der unbeschäftigten Eisenbahner geht ständig zurück. Ueber den Widerstand nachgeordneter Stellen kann ich nicht klagen. Wegen Förderung des Lokomotivbaues durch bessere Kohlenbelieferung bin ich mit dem Kohlenkommissar in Verbindung getreten.

Abg. Paul Hoffmann (U. S.) wendet sich gegen das staatliche Schiebertum.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei, der sich gegen die Uebergabe der Bahnen und Wasserstraßen an das Reich vor dem 1. April 1921 wendet, wird abgelehnt.

Eine große Reihe von Anträgen wird angenommen. Der Staatshaushaltplan für 1919 wird endgültig genehmigt. Das Feststellungs- und Anleihegesetz zum Staatshaushalt wird angenommen. Gegen den Staatshaushaltplan stimmen die Deutschnationalen und Unabhängigen Sozialdemokraten.

Gegen 9¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch den 21. Januar 1920, 2 Uhr: Anfragen.

Zu den Maßnahmen zur Einlösung von Zinsscheinen

Zu den Maßnahmen gegen die Kapitalflucht hat die Reichsfinanzverwaltung eine neue Verordnung getroffen:

Die durch Ziffer 2 der Bekanntmachung vom 29. November d. Js. zur Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober ds. Js. den Finanzämtern (Besitzsteuerämtern) übertragene Befugnis, die Ermächtigung zur Einlösung von Zinsscheinen mit Fälligkeitstermin vom 2. Jan. 1920 zu erteilen, welche vor dem 1. Dez. 1919 an Zahlungsstatt hingegeben wurden, wird ohne Rücksicht auf den Fälligkeitstermin allgemein auf Zinsscheine ausgedehnt, die vor dem 1. Dezember 1919 durch Annahme an Zahlungsstatt oder aus einem sonstigen Grunde ohne die zugehörigen Stücke in das Eigentum des Einreichers übergegangen sind.

Anträge auf Erteilung der Ermächtigung sind unter Angabe der Nummer, der Gattung und des Wertbetrages der Zinsscheine an das für den Eigentümer zuständige Finanzamt zu richten. Die Finanzämter sind angewiesen, eine mit dem Dienststempel zu vollziehende Bescheinigung über die Ermächtigung auszustellen, wenn der Einreicher glaubhaft macht, daß er die Zinsscheine ohne die zugehörigen Mantelbogen vor dem 1. Dezember 1919 erworben hat.

Die Bank hat, sofern die Bescheinigung über mehrere Zinsscheine mit verschiedenen Fälligkeitsterminen lautet, die Einlösung jeweils auf der Bescheinigung zu vermerken und bei der Einlösung des zuletzt fälligen Zinsscheines die Bescheinigung zu vernichten.

Die Bekämpfung des Mädchenhandels.

WTB. Berlin, 17. Dezember. Der Reichsminister des Aeußern hat an den Gesandten von Dirksen ein Schreiben gerichtet, in dem er anläßlich seines Rücktritts von seiner Stellung als Vorsitzender des deutschen Nationalkomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels warmen Dank für seine Tätigkeit ausspricht. Zugleich drückte der Minister die Hoffnung aus, daß das Auswärtige Amt auch in Zukunft auf die Mitwirkung des Gesandten bei internationalen Veranstaltungen zur Bekämpfung des Mädchenhandels rechnen darf.

Die „Arbeiterzeitung" über die Hilfe Frankreichs.

WTB. Wien, 17. Dezember. Zur Hilfe Frankreichs an Deutschösterreich schreibt die „Arbeiter-Zeitung" unter anderm: Der französische Imperialismus betreibt Deutschlands Zerrissenheit als Frankreichs Interesse. Darum sucht er Deutschösterreich selbständig zu erhalten als Konzentrationszentrum, um das vielleicht einmal auch andere deutsche Länder zu einer Art neuem Rheinbund vereinigt werden könnten. Ein Stück deutschen Landes, das auf die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191218016/fragment/page=0002

Hilfe der Sieger angewiesen ist und unter französischen Einfluß gebracht werden kann, hat für eine Politik, die die staatliche Zerrissenheit des deutschen Volkes als eines ihrer letzten Ziele ansieht, hohen Wert. Die Zusagen Clemenceaus sind also ernst gemeint. Wir haben den Anschluß an Deutschland nicht durchgesetzt, als Wilson noch im Rate der Alliierten saß. Jetzt, da Amerika ausgeschieden ist und die französisch-britische Allianz in Europa regiert, ist der Anschluß natürlich erst recht nicht durchzusetzen. Aus eigener Kraft zum Leben nicht fähig, von der Gemeinschaft des deutschen Volkes ferngehalten, können wir nicht anderswo Hilfe suchen, als bei der Entente. Sie entscheidet nun über uns. Kann die Entente, die sich immer mehr in Frankreich konzentriert, dem armen Deutschösterreich helfen?

Frankreich will prüfen.

WTB. Paris, 17. Dezember. „Echo de Paris" erkundigte sich, ob Hoffnung bestehe, mit den deutschen Delegierten zu einer Verständigung zu gelangen, und erhielt folgende Antwort: **Die deutschen Delegierten haben uns die Schwierigkeiten dargelegt, denen sie bei Abgabe von 400 000 Tonnen Hafenmaterial ausgesetzt sein würden. Es muß hervorgehoben werden, daß die Deutschen ihre Sache auf sehr einfache Art vertreten haben. In unserer ersten Antwort an die Berliner Regierung haben wir ausgeführt, daß wir bereit seien, die vorgebrachten Gründe zu prüfen. Wir werden dies heute tun und werden sodann mit unseren englischen Mitarbeitern eine Entscheidung voller Gerechtigkeit und Billigkeit treffen.**

Salzburger und Tiroler Blätter über die Lage Oesterreichs.

WTB Wien, 17. Dezember. Salzburger und Tiroler Blätter aller Richtungen fordern entschieden den vollständigen bzw. wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland, wobei die Salzburger Presse hervorhebt, daß für Salzburg nicht wie für Vorarlberg, die Versorgungsfrage einzig maßgebend sei, sondern Salzburg nur auf frühere günstige Verhältnisse zurückkommen wolle. Der „Landbote von Vorarlberg" in Bregenz hofft von der Vorstellung beim Obersten Rate eine rasche Befreiung von der verlotterten Wiener Regierung. Von der Reise hofft die sozialdemokratische Presse doch endliche Einsicht der Entente, während der „Allgemeine Tiroler Anzeiger" an dem guten Willen des Obersten Rates stark zweifelt.

Terroristische Kundgebungen in Spanien.

WTB. Paris, 17. Dezember. Das „Journal" veröffentlicht ein Telegramm aus Madrid vom 16. Dezember abends, das besagte: Infolge des Streiks der Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke sind die unteren Stadtviertel ohne Licht. Die Streikenden benutzen die Dunkelheit, um schwere Beschädigungen an den Straßenbahnlinien anzurichten. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Um 9 Uhr kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Polizei und Streikenden, wobei auf beiden Seiten Verletzte zu verzeichnen waren. In Barzelona beginnen die Terroristen Ausschreitungen und verschonen dabei nicht einmal die geheiligten Orte. So wurde in der Kirche San José während eines Trauergottesdienstes von einem Soldaten unter einer Bank eine Bombe gefunden, deren Zündschnur brannte. Der Soldat konnte sie noch rechtzeitig löschen. Die Aussperrung dehnt sich über ganz Katalonien aus. Der soziale Konflikt nimmt immer schärfere Formen an.

Der neue belgische Senatspräsident.

WTB. Brüssel, 17. Dezember. Havas. Der Senat hat die Regierungserklärung entgegengenommen und den Katholiken Favreau mit 92 Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Ausland.

Wie die Brüsseler protestieren wollen.

WTB. Brüssel, 17. Dez. In der Angelegenheit des Denkmals von Ferrer hat die Stadtverordnetenversammlung von Brüssel gestern ein salomonisches Urteil gefällt. Bekanntlich hatte Generalgouverneur von Bissing dieses Denkmal entfernen lassen, weil es das religiöse Gefühl der Katholiken verletze. Jetzt sollte es wieder aufgestellt werden. Dagegen erhob aber der spanische Botschafter Bedenken, indem er erklärte, es bedeute eine Beleidigung der spanischen Regierung und des spanischen Volkes. Die Sozialisten protestierten. Nun stellte Bürgermeister Max den Antrag, das gegen die Spanier gerichtete Denkmal in ein Denkmal gegen die Deutschen umzuwandeln. Das Denkmal soll die Aufschrift erhalten: „Dieses Denkmal, im Jahre 1911 durch internationale Subskription zur Verherrlichung der Gewissensfreiheit errichtet, wurde von den Deutschen im Jahre 1916 entfernt." Der Name Ferrer verschwindet also. Der Sozialist Camille Huysmans protestierte gegen dieses Vorgehen in der Sitzung, wurde aber überstimmt.

Halle und Umgegend.

Halle, den 18. Dezember 1919.

Zur Frage der Wirtschaftsbeihilfe.

Aus Arbeitgeberkreisen wird uns zu den schwebenden Forderungen der Angestellten geschrieben:

Die auf Veranlassung des Schlichtungsausschusses vorgeschlagenen Verhandlungen der Parteien unter sich, die gestern in der Handelskammer stattfanden, haben leider zu keiner Verständigung geführt. Obwohl ein für beide Teile verbindlicher ungekündigter Tarifvertrag vorliegt, der eine dreimonatliche Kündigungsfrist vorsieht, haben sich die Arbeitgeber den Zeitverhältnissen Rechnung tragend bereit erklärt, auf die bestehenden tarifmäßigen Gehälter Teuerungszulagen unterschiedlich für ledige und verheiratete Angestellte in Höhe von 10 bis 20 Prozent zuzugestehen. Um diese Maßnahme angesichts des bevorstehenden Weihnachtsfestes sogleich wirksam zu machen, wurde der Auszahlung dieser Teuerungszulagen auf mehrere Monate hinaus und teilweise rückwirkend zugestimmt. Da die Angestellten von ihrer bereits vor dem Schlichtungsausschuß vertretenen hohen Forderung, abgesehen von einem geringfügigen, praktisch wenig zur Auswirkung kommenden Nachlaß (5 Prozent bei Tarifgehältern über 600 Mk.) nicht abgingen, mußten die Verhandlungen ergebnislos ausgehen. Es bleiben nunmehr die für den 19. Dezember in Aussicht genommenen weiteren Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß abzuwarten.

Ein 24stündiger Proteststreik des Hallischen Gastwirtsgewerbes

Demonstrationsversammlung und Demonstrationszug am 19. Dezember.

Die Ortsgruppe Halle des Verbandes deutscher Musiker wie auch die Angehörigen des Gastwirtsgewerbes, die Gastwirte und Gasthausangestellten, waren für gestern, Mittwoch nachmittag, nach der Kaiser Wilhelmshalle eingeladen worden, um zunächst zu der bis auf 10 Uhr abends verkürzten Polizeistunde und dann gegen das Gesetz wider den Schleichhandel und den Wucher Stellung zu nehmen. Die Versammlung unterstand der Leitung des Herrn Kauffmann. Herr Gastwirt Emmer besprach die Lage des Gastwirtsgewerbes, das geradezu vor dem Ruin stehe. Herr Emmer berichtete, daß vom Magistrat auf eine Eingabe um Hinausschiebung der Schlußstunde auf 1 Uhr beschieden worden sei, daß das nicht möglich wäre, weil der Regierungspräsident nur befugt wäre, die Polizeistunde bis 11½ Uhr zu verlängern; ein dahingehender Antrag würde vom Magistrat befürwortet werden. Dabei habe der Magistrat selbst beim Regierungspräsidenten den Schluß auf 10 Uhr angeregt. Eine weitere Eingabe wiederholte das Ersuchen um Verlängerung der Polizeistunde auf 1 Uhr unter Hinweisung darauf, daß das Gastwirtsgewerbe schwer gelitten hat und weil mit der Verlängerung der Polizeistunde kein Kohlenverbrauch verbunden wäre, denn die Lokale wären ja bereits geheizt und würden nicht weiter geheizt werden. Ein Bescheid auf diese Eingabe ist nicht ergangen, wohl aber kam am Montag die Verordnung vom 9. Dezember, nach der die Polizeistunde auf 10 Uhr verkürzt wurde. Kohlennot brauche in Halle überhaupt nicht zu herrschen. Hier gebe es zweierlei Recht. Es sei nicht recht, daß in Halle den Gastwirten mit Gasbeleuchtung das Gas um 6 Uhr abgesperrt werde, während die Lokale mit elektrischem Licht ihren Betrieb aufrecht zu erhalten vermöchten. In den Häusern mit elektrischem Licht könnten nach Belieben Festlichkeiten der besseren Kreise abgehalten werden. Der Redner legte folgende Entschließung zur Annahme vor:

„Die am 17. Dezember in der Kaiser-Wilhelmshalle tagende öffentliche Protestversammlung der Gastwirte, Gastwirtsangestellten und des Musikerverbandes protestieren gegen die einseitige Maßnahme des Magistrats, der Polizeiverwaltung und der Regierung in Merseburg zur abermaligen Herabsetzung der Polizeistunde auf 10 Uhr abends. Die Protest Einlegenden können aus wirtschaftlichen Gründen die einseitige Maßregel nicht als zu Recht bestehend anerkennen, weil die Verschwendung von Licht in den Privathäusern bei Festlichkeiten der besseren Kreise, sogar die volle Beleuchtung der Straßenbahn nicht unter das Verbot der Bekanntmachung vom 9. Dezember fällt.

In der Eingabe vom 11. d. Mts. konnten wir ausführen, daß die Heizung der Räume weitere Kohlen nicht erfordert.

Die neue Maßregel gegen das Gastwirtsgewerbe zwingt dasselbe, Gegenmaßregeln zu ergreifen. Durch die Verkürzung der Polizeistunde werden Arbeiterentlassungen stattfinden müssen, welche zu Lasten der Arbeitslosen-Unterstützung fallen. Die zu zahlenden Steuern werden unter erschwerenden Verhältnissen einzutreiben sein, weil die Umsätze der letzten Stunde den Ausgleich bringen müssen.

Die Versammlung beschließt, eine Kommission zum Oberbürgermeister zu senden mit dem Auftrage, bei der Regierung dahin zu wirken, die Verfügung zurückzunehmen."

Herr Käppel machte noch nähere Mitteilungen über die Vorgänge, die zur Verkürzung der Polizeistunde geführt haben. Danach habe der Magistrat selbst die Herabsetzung der Polizeistunde auf 10 Uhr bei der Regierung angeregt. Der Herr Oberbürgermeister habe die Herren, welche bei ihm um Aufklärung nachgesucht hatten, dahin beschieden, daß die Maßnahme von der Polizeiverwaltung ausgehe, und diese wieder habe sich dahin ausgesprochen, daß der Magistrat diese Maßregel veranlaßt hätte. Der Redner schlug vor, nicht nur eine Abordnung an den Oberbürgermeister, sondern auch an den Regierungspräsidenten in Merseburg und auch an den Minister des Innern zu senden.

Der Vertreter des Musikverbandes, Herr Augustin, schloß sich dem Protest an. Eine scharfe Entschließung brachte noch der Vertreter der Angestelltenverbände Herr Alex, ein, der namens seiner Körperschaft forderte, daß sämtliche Gastlokale 24 Stunden hindurch geschlossen halten und daß für diesen Tag eine große öffentliche Protestversammlung einberufen wird. Auch die Artistenschaft schloß sich diesen Kundgebungen durch einen Vertreter an. Die Entschließung der Gasthausangestellten lautet:

„Die organisierten Arbeitnehmer im Gastwirtsgewerbe zu Halle erheben schärfsten Protest gegen die Verkürzung der Arbeitsmöglichkeiten durch Festlegung der Polizeistunde auf 10 Uhr abends. Diese behördliche Maßnahme läuft dem Gedanken, der jeden Deutschen in der jetzigen Zeit beseelen sollte — Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftslebens — direkt entgegen und wird alle Maßnahmen, die wir in dieser Hinsicht schon unternommen hatten, wieder schmählich zunichte machen. Vermehrte unnötige Arbeitslosigkeit, Lohnbewegungen, vielleicht Aussperrungen und Streiks werden die Folge dieser bürokratischen Machenschaften sein, die andererseits durch nichts aufgewogen werden. Der Wille, Licht und Kohle zu sparen, kann nur zur Tat werden, wenn man die Gaststätten möglichst lange offen hält. Am Abend sind die Räume durchgeheizt, und es ist eine Selbstverständlichkeit, daß andere Personen, an einem Ort vereint, nicht so viel Beleuchtungsstoffe verbrannten, als wenn jeder im Einzelnen Verbraucher ist. Da praktische Gründe bei Festlegung der Polizeistunde auf 10 Uhr abends nicht bestehen, fordern wir die Aufhebung dieses lähmenden Erlasses, um einen Zweig des deutschen Gewerbes, den zuträglichsten für die Steuerkasse des Reiches, am Leben zu erhalten. Bleibt diese Einschränkung auch nur sechs Wochen in Kraft, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß am Orte Hunderte von Steuerzahlern aus unserm Gewerbe zu Arbeitslosenunterstützungsempfängern werden.

Mit dem Bestreben des Ortsverbandes hallischer Wirtevereine, eine bessere Belieferung der Betriebe mit Lebensmitteln und die Milderung der Bestimmungen des Schleichhandels- und Wuchergesetzes zu erzielen, erklären wir uns einverstanden und werden wir dafür zu unternehmende Schritte mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften unterstützen."

Ein Kollege beantragte, daß diesem Abend die Lokale bis um 11 Uhr offengehalten werden sollten als Demonstration gegen die Verordnung vom 9. Dezember. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt.

Hierauf sprach Herr Rechtsanwalt Gumz über die neue Verordnung gegen den Schleichhandel, die sich, fast könnte man das annehmen, insbesondere gegen das Gastwirtsgewerbe richtet. Leider sind Sachverständige hierüber nicht gehört worden und so sind Bestimmungen getroffen worden, wie man sie nicht für möglich halten sollte. Der Vortragende erörterte nun die einzelnen Bestimmungen der Verordnung. Jeder wird nach ihr bestraft, der nur einmal Waren aus dem Schleichhandel erworben hat. Der Gastwirt darf nicht dem Schleichhändler gleichgestellt werden. Der Redner zeigte an Beispielen, wie rücksichtslos die Bestimmungen der Verordnung durchgeführt werden sollen. Der Gastwirt kann schon in einem Falle mit Zuchthaus und hoher Geldstrafe belegt werden. Das Schlimmste aber ist, daß es kein Rechtsmittel gegen ein Strafurteil gibt, es gibt keine Berufung, keine Revision. Deshalb kann man den flammenden Protest der Berliner Gastwirte und der Gasthausangestellten vom 10. Dezember gegen diese Verordnung verstehen. Diesem Protest schlossen sich auch die hiesigen Gastwirte und Gasthausangestellten an. Am Schlusse dieser Entschließung heißt es:

„Die Versammlung wendet sich mit Rücksicht auf das Publikum in letzter Stunde nochmals an die Regierung und fordert dringend Aufhebung dieser schmachvollen und verhängnisvollen Sondergesetzgebung.

Sie beschließt — sollte diese Aufhebung nicht bis zum Dienstag, den 16. Dezember, erfolgt sein — vom Donnerstag, den 18. Dezember 1919 ab den Betrieb in Hotels, Fremdenheimen, Wein- und Bierrestaurants, Kaffeehäusern und Konditoreien völlig einzustellen, sodaß Fremden nur Unterkunft geboten wird, wenn an diese keine Speisen und Getränke verabfolgt werden. Die bevorstehende Schließung zwingt die Inhaber der Betriebe, schon heute zu der bedauerlichen Maßnahme, sofort allen ihren Angestellten zum 18. d. Mts. das Arbeitsverhältnis aufzukündigen. Tausende von Angestellten werden brotlos und Hunderte unserer Mitbürger verlieren die Möglichkeit der Ernährung in den Gastwirtschaften. Die Verantwortung hierfür trägt allein die Regierung."

Eine längere Aussprache erhob sich über den Antrag des Herrn Alex, daß am Freitag, den 19. Dezember,

im Gastwirtsgewerbe eine 24stündige Arbeitsruhe

eintreten solle. Der Antrag wurde ebenso wie sämtliche Entschließungen einstimmig angenommen. Die Arbeitsruhe erstreckt sich auf die Zeit von Donnerstag, abends 10 Uhr bis Freitag, abends 10 Uhr, und zwar sollen nicht nur die Gaststätten, sondern auch die Vergnügungsstätten geschlossen bleiben sowohl in der Stadt wie in der Umgebung.

Weiter soll am Freitag, vormittags 10 Uhr, im Walhallatheater eine gewaltige Demonstrationsversammlung aller Angehörigen des Gastwirtsgewerbes stattfinden, an welche sich ein Demonstrationszug anschließen wird. Gewählt wurde ein 20gliedrige Kommission, die am Freitag die Gastlokale usw. überwachen soll.

Schwurgericht.

Urkundenfälschung und Betrug.

In der Sitzung am Mittwoch unter dem Vorsitz Landgerichtsdirektors Banse wurden folgende Geschworenen ausgelost: Landwirt Hermann Holter (Oberesperstedt), Bankdirektor Karl Gottschalk (Zörbig) (Obmann), Fabrikbesitzer Alois Fez (Bitterfeld), Werkmeister Franz Hoffmann (Halle), Fabrikbesitzer Harry Spaß (Ammendorf), Rentner Emil Arnold (Halle), Spinnereiaufseher Albert Ehring (Halle), Sprengtechniker Ernst Weichelt (Halle), Kaufmann Fritz Hofmeister (Halle), Brauereiinspektor Hugo Andrae (Halle), Fleischermeister Gustav Fischer (Halle), Tischlermeister Emil Himburg (Halle). Die Anklagebehörde vertrat Staatsanwaltschaftsrat Dr. Maurer. Für die Angeklagten waren die Rechtsanwälte Dr. Richter und Dr. Fackenheim erschienen.

Angeklagt waren die beiden Handlungsgehilfen Paul A., geboren 1898 und Alfred S., geb. 1899, aus Halle a. S., wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrug. Im Sommer d. Js. hatten die Angeklagten, die als Zivilangestellte bei dem Füsilier-Regiment 36 beschäftigt waren, mehrere Anweisungen auf Zahlung des Entlassungsgeldes und des Betrags für den Entlassungsanzug gefälscht. Die beiden fuhren nach Eisleben und Bitterfeld und ließen sich vom dortigen Bezirkskommando jedesmal ungefähr 250 Mk. auszahlen. Der Angeklagte A. hat außerdem in Bernburg und Dessau allein Gelder erhoben. Die Gesamtsumme der so erschwindelten Gelde beträgt 743 Mk. Nachdem die Abrechnungen den Betrug ergaben, wurden die Täter am Schrifttypus der Schreibmaschine ermittelt, worauf sie ein offenes Geständnis ablegten. Die Geschworenen sprachen die Angeklagten der Urkundenfälschung (einer Privaturkunde) in Tateinheit mit Betrug schuldig und bewilligten ihnen mildernde Umstände. Das Gericht verurteilte A. zu 2 Monaten, S. zu 1 Monat Gefängnis. Die Geschworenen befürworteten einstimmig ein Gnadengesuch.

Kunst und Wissenschaft.

Ein Flügel des Schlosses von Compiègne, in dem sich das Schlafzimmer Napoleons III. befindet, ist fast vollständig niedergebrannt. Die historischen Möbel konnten jedoch gerettet werden. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch unbekannt.

Die größte Sammlung Whistlerscher Graphik. Wie dem „Kunstwanderer" aus New York berichtet wird, ist dort soeben in den Anderson-Galerien die fast vollständige Sammlung Whistlerscher Graphik die dem verstorbenen Londoner Kunstliebhaber Dr. Walter Jessop gehört hat, zum Preise von 40 200 Dollars verkauft worden. ml.

Provinzial-Nachrichten.

!! **Güsten, 17. Dezember.** (Schieberjagd.) Drei hiesige Schutzleute veranstalteten am Personenzuge Sangerhausen-Berlin eine Schieberjagd. Beschlagnahmt wurden drei Kiepen, etwa zwölf Pakete und drei Rucksäcke, schwer gefüllt mit Weizenmehl, Butter usw. Eine Kiepe und ein Paket hatten plötzlich gar keinen Eigentümer. Die Schieber stammen aus der Sangerhäuser Gegend.

(!) **Quedlinburg, 17. Dezember** (Ein Großfeuer) brach in dem zu den Anstalten in Neinstedt gehörenden Marienhof aus. Das mit Getreidevorräten gefüllte Besitztum brannte trotz der angestrengten Tätigkeit fast aller Feuerwehren des Kreises mit der Quedlinburger an der Spitze vollständig nieder.

:; **Schöningen, 17. Dezember.** (Infolge Nichtbeachtung des Haltesignals) fuhr ein Güterzug dem anderen in die Flanke. Verschiedene Wagen wurden zertrümmert. Der Sach- und Materialschaden ist groß.

() Sondershausen, 17. Dezember. (Amnestie?) Für den Freistaat Schwarzburg-Sondershausen steht eine Amnestie bevor, die sich auf Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr und entsprechende Geldstrafe erstrecken soll.

— Saalfeld, 17. Dezember. (Zur Frage Großthüringen.) Auf dem Verbandstage des Landesverbandes der Beamten in Sachsen-Meiningen wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: Unter Ablehnung eines Großthüringens tritt die Vertreterversammlung des Landesverbandes der Beamten in Sachsen-Meiningen dafür ein, daß Sachsen-Meiningen in engstem Einvernehmen mit Preußen an dem Zusammenschlusse des gesamten Thüringens in Anlehnung an Preußen oder unmittelbar an das Reich arbeite und mitwirke.

? **Gotha, 17. Dezember.** (Innerhalb der Unabhängig-sozialdemokratischen Partei) sind Meinungsverschiedenheiten über die Tätigkeit der Landtagsfraktion entstanden. Im Landtag hatte die Mehrheit der U. S. P.-Abgeordneten einem neuen Verfassungsentwurf zugestimmt, der nicht mehr auf dem Rätesystem aufgebaut ist, das heute noch im Lande Gotha herrscht. Damit waren in der Landesversammlung viele Vertreter der einzelnen Orte nicht einverstanden. Dies spitzte sich in langen Debatten dahin zu, daß mit 62 gegen 55 Stimmen der Mehrheit der Landtagsfraktion das Mißtrauen des Landesparteitages ausgesprochen wurde. Die Volksbeauftragten Schauder und Grabow erklärten, daß sie den Mißtrauensbeschluß auch als gegen sich gerichtet ansehen müßten und unter Umständen zurücktreten würden. Sie hätten dem Verfassungsentwurf ohne Räte zugestimmt, weil es nicht anging, dauernd mit der Reichsregierung in Feindschaft zu leben. Jetzt hat man sich aber allgemein dahin geeinigt, daß die Gothaer Unabhängigen die Entscheidung über die ganze Sache dem Zentralvorstand der U. S. P. in Berlin überlassen. Beide Teile haben erklärt, daß sie sich dem Schiedsspruch fügen würden.

Coburg, 17. Dezember. Den Coburgern ins Stammbuch) widmet der „Kladderadatsch" zur Abstimmung vom 30. November die folgenden hübschen Verslein:

Der Coburger ward a bayrischer Bua,
Denn in Bayern gibt's „Speck und G'selchtes" genua!
Und Speck und Gselchtes san fein im Geschmack
So dachte Herr Arnold, so dachte Herr Schack.
So dachten mit ihm die Coburger Leute,
Drum san se geworden Bayern seit heute!
Gibt's morgen dort nichts mehr zu schnabulieren,
Se sachens halt wieder an ... Thüringens Türen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191218016/fragment/page=0003
DFG

Gerichtsverhandlung.

Wegen Spionage verurteilt.

WTB. Leipzig, 17. Dez. Der vereinigte zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute nach zweitägiger Verhandlung den 27 Jahre alten Kellner Josef Jankowski aus Wimmelburg bei Eisleben wegen versuchten Landesverrats in fortgesetzter Handlung zu sieben Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust. Der Angeklagte hatte im Jahre 1917 im Haag mit einer Reihe von feindlichen Spionage-Büros in Verbindung gestanden und ihnen Nachrichten über militärische und Marineangelegenheiten übermittelt, wofür er einen festen Wochenlohn erhielt.

Vermischtes.

Ein neues Zeppelinluftschiff, ein Schwesternschiff zur „Bodensee“, steht vor seiner Vollendung. Es soll ab 1. Februar 1920 für regelmäßige Fahrten Schweiz—Berlin—Schweden Verwendung finden.

Moderne Schande! Am anatomischen Institut der Universität Tübingen ist auf 1. Februar 1920 ein dritter Prosektor mit der Jahresbelohnung von — sage und schreibe! — nur 2200 Mark und den bestimmungsgemäßen Teuerungsbezügen zu bestellen! Bewerbungen sind unter Anschluß der Zeugnisse binnen zehn Tagen beim Dekanat der Tübinger medizinischen Fakultät einzureichen.

Ist das keine Schande? Welchem nichtakademischen Arbeiter irgendwelcher Art würde der Staat eine Jahresentlohnung von 2200 Mark samt Teuerungsbezügen anzubieten wagen?

Ein Gegenstück zu dem Zopfabschneider, der einst die Berliner Mädchenwelt beunruhigte, setzt heute die weibliche Bevölkerung Roms in Schrecken. In wenigen Tagen sind wiederholt jungen Mädchen auf der Straße die Haare in Brand gesteckt worden, ohne daß man des Uebeltäters bis jetzt hätte habhaft werden können. Diese Bubenanschläge gefährden nicht nur den Haarschmuck der Opfer, sondern auch ihr Leben. In zwei Fällen stand das ganze Kopfhaar in Flammen, so daß nur durch die Geistesgegenwart von Passanten ein größeres Unheil verhütet wurde. Die Uebeltäter gehen gleichsam „wissenschaftlich“ zuwege. Sie haben eine Art Angelhaken, an dem sie eine entzündliche Substanz, wie es scheint, ein Gemisch von Pech und Phosphor, anbringen. Der Angelhaken wird in den Zopf oder Haarknoten eingehenkt, was im Straßentrubel leicht möglich ist.

Die unerschöpfliche Goldgrube. Nach einer auf amerikanischen Veröffentlichungen beruhenden Schätzung betrugen die jährlichen Einnahmen in den amerikanischen Kinos mehr als vier Milliarden Mark. m.

Frankreich verzichtet auf britische Frauenschönheit. Zu einer eindrucksvollen, nationalistischen Kundgebung, die sich ausnahmsweise einmal nicht gegen die bösen Boches, sondern gegen die guten Engländer richtete, ist es in diesen Tagen in einer Singspielhalle der Champs-Elysées in Paris gekommen. Zwölf englische Girls, die zuvor bei einer Schönheitskonkurrenz in London preisgekrönt worden waren, standen auf der Bühne und waren eben im Begriff, ihre Gesangs- und Tanznummer auszuführen, als eine empörte Zuschauerin mit einer Stimme, die vor Entrüstung sich in Kreischtöne überschlug, schrie: „Weshalb brauchen wir denn die schönen Frauen aus England kommen zu lassen? Als wenn wir ihrer in Paris nicht genug hätten. Raus mit den englischen Frauenzimmern! Ich rede nicht in eigener Sache, ich spreche vielmehr im Namen der Pariserinnen und rufe deshalb noch einmal: Raus mit den englischen Frauenzimmern!“ Donnernder Beifall, in den sich nur vereinzelte schüchterne Pfeiftöne mischten, dankte der tapferen Patriotin für ihre Tat. Angesichts einer solchen feindlichen Haltung der Zuschauer haben die Engländerinnen es allerdings vorgezogen, sich schleunigst von der Bühne zurückzuziehen. ml.

Cleo de Merode. Lange hat man nichts mehr von der ehemaligen Freundin des verstorbenen Königs der Belgier gehört, die sich schon vor Jahren von der Bühne zurückgezogen hatte. Jetzt ist plötzlich die schon vergessen geglaubte, schöne Cleo, die sich freilich auch in ihrer Glanzzeit mehr durch ihre Frisur als durch ihre Tanzkunst hervortat, aus dem Schatten wieder in das Licht der Oeffentlichkeit getreten. Wie aus Paris gemeldet wird, eröffnet Cleo de Merode demnächst im elegantesten Viertel von Paris eine Schule für Tanz und Kultur, für die bereits eifrig die Werbetrommel gerührt wird.

Wir Mexikaner sind doch bessere Leute. Die nationalen Gefühle der Mexikaner sind von den Amerikanern dadurch verletzt worden, daß sie mit Vorliebe Schurkenrollen von Mexikanern oder Japanern spielen lassen. Die mexikanische Regierung hat nun 80 000 Meter Film aufnehmen lassen, die der Welt zeigen sollen, daß die Mexikaner doch „besser sind als ihr Ruf“. h.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einsender verantwortlich.)

Ungleichheit beim Verkauf von Lichtern und Seife.

Seit kurzem werden städtische Kerzen zu billigen Preisen von den Händlern an die bei ihnen angemeldeten Kunden verkauft. Da muß es befremden, daß einige Händler in kurzer Zeit eine zweite, einige eine dritte Verteilung an alle Kunden vornehmen konnten, während einige Händler mit dem Verkauf überhaupt noch nicht begonnen haben, da sie, wie sie behaupten, noch keine Kerzen erhalten haben. Die Folge ist, daß z. B. Haushalte, die über elektrische Beleuchtung verfügen, also gar keinen Bedarf an Kerzen haben, sich schon einen kleinen Vorrat von billigen Kerzen angesammelt haben, während andere Familien, die nur Petroleum haben, oder vielmehr bei der herrschenden Knappheit seit Wochen nicht mehr haben, Abend für Abend ein Licht für 1,50 Mark verbrennen — wenn sie nicht vorziehen, um 7 Uhr ins Bett zu gehen. Warum wird der Verkauf nicht wie bei anderen städtischen Waren durch öffentliche Bekanntmachung geregelt? Warum bleibt es der Willkür der Händler überlassen, welche ihrer Kunden sie vorzugsweise beliefern wollen?

Ebenso sind die Zustände beim Verkauf von Seife. Einige Händler geben für jede Person der bei ihnen angemeldeten Kunden auf den Monat ein halbes Stück harte Kernseife ab, andere geben für jeden Haushalt ein Stück. Wieder andere erhalten, wie sie behaupten, für 100 und mehr angemeldete Kunden nur 10 Stück Seife zugewiesen, können also nur einen Teil ihrer Kunden beliefern. Wie verhält es sich damit?

Eine Demokratin.

Briefkasten.

Jeder Anfrage ist die letzte Abonnementsquittung beizufügen.

N. in S. Mit der Verleihung des Eisernen Kreuzes erster Klasse sind weder ein Ehrensold noch sonstige Vergünstigungen verknüpft.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat beruft für den 22. Dezember eine Versammlung der Zechenbesitzer ein. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Preisfrage.

Hierzu meldet noch eine Depesche: Die Kohlenpreisfrage bildet neben der Ausgleichsquote bereits wieder die Tagesordnung der auf den 22. d. Mts. einberufenen nächsten Zechenbesitzerversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats. Bekanntlich hatte das Reichswirtschaftsministerium für den Dezember statt der vom Reichskohlenrat beschlossenen Kohlenpreiserhöhung von 25 Mk. die Tonne nur eine solche von 7,50 Mk. bewilligt. Inzwischen haben zwischen der Regierung und den Bergbauinteressenten weitere Verhandlungen stattgefunden, um die Genehmigung für eine nachträgliche stärkere Erhöhung der Kohlenpreise zu gewinnen. Ob diese Verhandlungen bereits zu einem Abschluß geführt haben und ob ein neuer Preiserhöhungsbeschluß nunmehr die Genehmigung des Reichswirtschaftsministers finden wird, darüber ist bisher nichts bekannt geworden.

Die Folgen der Markentwertung. Die Steinkohlenbergwerksgesellschaft Diergardt hat im Jahre 1913 in der Schweiz einen Kredit von 5 Millionen Frank aufgenommen, der sich jetzt angesichts des dauernden Sinkens der deutschen Valuta als eine ungewöhnlich starke Belastung für das noch in der Entwicklung begriffene Unternehmen darstellt. Wie in der Generalversammlung, die zur Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Kredit 6 Millionen Mark neue Mittel bewilligte, mitgeteilt wurde, sei der Kredit in der Schweiz in der bewilligten Höhe von 5 Millionen Frank völlig ausgenutzt worden. Für die 5 Millionen Frank sei der Gegenwert in Deutschland zum jeweiligen Kurse zu hinterlegen. Zurzeit fehlten 5 Millionen Mark an der Deckung. Außerdem wären für die in der Schweiz untergebrachten 2 260 000 Frank Obligationen im nächsten Jahre 600 000 Frank erforderlich, was wiederum ein Erfordernis von 6 Millionen Mark bedeute, dabei fehlte noch für die ersten 4 Millionen Frank die Deckung des Agios. Die Zusicherung, daß die schweizerischen Kredite über 1920 hinaus gewährt werden sollten, fehle noch. Um das Bankgegenkonto auffüllen zu können, habe die Gesellschaft einen Kredit von drei Millionen Mark aufnehmen müssen. Für die Gesellschaft bedeute die schweizerische Schuld eine andauernde Sorge; die Gesellschaft sehe sich genötigt, an den Anteilsbesitzer heranzutreten, um Mittel zur Erfüllung der Verpflichtungen zu erhalten. Bisher sei es auch möglich gewesen, aus dem Betriebe Erträgnisse zu erzielen, die es ermöglichten, den Verpflichtungen gegenüber der Schweiz nachzukommen. Man hoffe, daß es möglich sein werde, die schweizerischen Kreditgeber zur Verlängerung des Kredits zu bewegen.

Abermalige Preiserhöhung für Feinbleche. Nach einer Mitteilung der Schwarzblechvereinigung sind die Feinblechpreise abermals um 600 Mark auf 3185 Mark bezw. 3210 Mark die Tonne erhöht worden. Die Erhöhung wird damit begründet, daß die Feinblechwalzwerke infolge der unzureichenden Halbzeuglieferung durch den Stahlwerksverband gezwungen seien, verbandsfreies Halbzeug zu bedeutend höheren Preisen zu kaufen.

Die hohen Schrotpreise. Auf die am 5. Dezember von der Werkstätteninspektion Ludwigshafen u. a. zum Verkauf ausgeschriebenen ca. 2000 To. Schrot wurden folgende Höchstgebote pro 1000 Kilogramm abgegeben: 418 To. Brockeneisen (Kernschrot) 1306,50 Mk., 305 To. Fassoneisen 1201,00 Mk., 376 To. Drehspäne 1126,10 Mk., 82 To. Eisenblech 830 Mk., 203 To. Eisenguß 1460 Mark, 10 To. Bremsklötze 1250 Mk., 76 To. Federnstahl 1310,60 Mark, 86 To. Radreifen 1360 Mk., 20 To. Rosteisen 1260 Mk., 30 To. Siederöhren 1630 Mk., 180 To. Träger 1267,80 Mk.

Erhöhung der Gußeisenpreise. Der Verein Deutscher Eisengießereien hat eine Preiserhöhung um 40 Prozent, mindestens aber um 90 Mk. für den Doppelzentner beschlossen, was für Handelsguß eine Preiserhöhung um 50 Prozent bedeutet.

Ausfuhrpreise für Nieten. Der Verein Deutscher Nietenfabrikanten gibt jetzt seine Ausfuhrpreise in ausländischer Währung bekannt. Sie stellen sich für Kessel-, Brücken- und Schiffsnieten u. a. auf 33 Gulden bezw. 73 schweizerische Franken, 146 belgische und französische Franken, 60 Shilling und nordische Kronen und 67 dänische Kronen für den Doppelzentner, für Handelsnieten wird ein Aufschlag von 60 Prozent bei Preisstellung von Shilling, Gulden und schweizerischen Franken, von 120 Prozent bei Preisstellung in belgischen und französischen Franken berechnet.

Betrieb der Zuckerfabriken des deutschen Zollgebietes im Oktober. Laut Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im Oktober 1919 von den Rübenzuckerfabriken, den Zuckerraffinerien und den Melasse-Entzuckerungsanstalten 424 669 Doppelzentner Rohzucker verarbeitet gegen 539 535 Doppelzentner im Vormonat. In der Zeit vom 1. September bis 31. Oktober wurden 964 204 Doppelzentner Rohzucker gegen 1 286 561 Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres verarbeitet. Die Verarbeitung von Verbrauchszucker betrug im Oktober 3639 Doppelzentner gegen 2328 Doppelzentner im Vormonat, in der Zeit vom 1. September bis 31. Oktober 5968 Doppelzentner gegen 8571 Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres. Insgesamt wurde an Verbrauchszucker gewonnen im Oktober 541 931 Doppelzentner gegen 391 824 Doppelzentner im Vormonat, in der Zeit vom 1. September bis 31. Oktober 933 755 (1 496 122) Doppelzentner. An Rohzucker aller Art wurde gewonnen im Oktober 1 599 248 Doppelzentner gegen 16 284 Doppelzentner im Vormonat und vom 1. September bis 31. Oktober 1 615 532 (2 200 599) Doppelzentner. Die gesamte Herstellung für die Zeit vom 1. September bis 31. Oktober 1919 in Rohzucker berechnet stellt sich auf 1 682 202 Doppelzentner gegen 2 566 872 Doppelzentner in 1918.

Gewinnung von Kupfererzen im Spessart. Die Verwaltung der Erzaufbereitungs-Gesellschaft Schöllkrippen teilt mit, sie beschäftige sich mit der Gewinnung der Kupfererze aus einer Reihe im Spessart gelegener Kupfererzgruben und mit der Konzentration dieser Erze in einer Aufbereitungsanlage. Die Erze sollen vorerst an schon bestehende Hütten abgegeben werden. Die Transportverhältnisse sind günstig.

Eröffnung der ersten Kartoffelfaser-Fabrik. In der nächsten Zeit wird die erste Kartoffelfaser-Fabrik in Glauchau in Sachsen eröffnet werden. Die für die Herstellung der Gespinstfaser notwendigen Spezialmaschinen sind bereits fertig konstruiert, konnten jedoch infolge des kürzlichen Metallarbeiterstreiks nicht rechtzeitig geliefert werden, sodaß man erst jetzt an ihre Aufstellung gehen kann. Gleichzeitig wird beabsichtigt, die Fabrik in Glauchau zu einer Versuchs- und Demonstrationsstation auszugestalten, deren Besuch und Besichtigung Interessenten jederzeit freigegeben wird.

In dem Konkurs über das Vermögen des Bankiers Leopold Kahn, Inhaber der Firma Gebrüder Kahn in Darmstadt, soll eine Abschlagszahlung von 5 Prozent erfolgen. Zu berücksichtigen sind 575 804 Mk. nicht bevorrechtigte Forderungen, die verfügbare Masse beträgt 23 490 Mk.

Die Heinrich Erhardt-A.-G. in Zella-Mehlis beantragt bei einer am 5. Januar in Düsseldorf stattfindenden Generalversammlung eine Kapitalserhöhung um 730 000 Mk. auf 2 Mill. Mark oder Verkauf der Fabriken oder Liquidation der Gesellschaft.

Optische Anstalt C. P. Goerz, A.-G., Berlin-Friedenau. In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 (10) Prozent vorzuschlagen.

Königsberger Zellstoff-Fabrik A.-G. Die außerordentliche Generalversammlung ermächtigte den Vorstand, das Gesellschaftsvermögen als Ganzes zu dem Preise von 23 Millionen Mark zu veräußern. Die Deutsche Bank und die Direktion der Diskonto-Gesellschaft erklärten sich daraufhin den Aktionären gegenüber bereit, die Aktien der Gesellschaft mit Gewinnanteilscheinen für 1919/20 und folgenden zum Preise von 490 Prozent abzüglich der Schlußscheinstempel und ½ Prozent Provision auf den ausmachenden Betrag von sofort bis 16. Februar 1920 zu erwerben. Die Mitglieder des bisherigen Aufsichtsrates legen ihre Aemter nieder. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt: Hugo Stinnes-Mülheim (Ruhr) als Vorsitzender, Kommerzienrat F. Heumann, Präsident der Handelskammer in Königsberg i. Pr., Generalkonsul a. D. Otto Meyer-Königsberg i. Pr., Bankdirektor J. Perlis von der Deutschen Bank (Filiale Königsberg) und Generaldirektor Vögler von der deutsch-luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. in Dortmund.

Sächsische Gußstahl-Fabrik in Döhlen. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, einer auf den 14. Januar einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung zum Zwecke der Verstärkung der Betriebsmittel die Erhöhung des Grundkapitals um 5 Millionen auf 15 Millionen Mark vorzuschlagen. Die neuen Aktien sollen an der Dividende des laufenden Jahres ab 1. Juli 1919 vollauf teilnehmen und werden an ein Bankenkonsortium begeben mit der Verpflichtung, den bisherigen Aktionären ein Bezugsrecht derergestalt einzuräumen, daß auf je 3000 alte Aktien 1200 junge Aktien den alten Aktionären zum Kurse von 127½ angeboten werden. Die letzte Kapitalserhöhung um 1 Mill. Mk. erfolgte im Jahre 1917. Die neuen Aktien dienten zur Einlösung der Genußscheine.

Badische Uhrenfabrik, A.-G., Furtwangen. Nach dem Bericht ging die Umstellung günstig vonstatten. Einschließlich 21 200 (12 053) Mk. Vortrag verbleiben nach 110 359 (126 225) Mk. Abschreibungen 123 342 (262 199) Mk. Reingewinn, woraus 10 (15) Prozent Dividende verteilt und 14 082 Mk. vorgetragen werden. Nach der Bilanz stehen 1,85 (1,88) Mill. Mk. Kreditoren 0,81 (0,61) Mill. Mk. Debitoren, 1,04 (1,06) Mill. Mk. Effekten, 0,91 (1,06) Mill. Mk. Waren und 0,12 (0,01) Mill. Mk. Guthaben bei Zweigniederlassungen gegenüber. Die G.-V. (30. Dezbr.) soll bekanntlich eine Kapitalserhöhung beschließen.

Pfälzische Nähmaschinen- und Fahrräderfabrik vorm. Gebr. Kayser in Kaiserslautern. Im abgelaufenen Betriebsjahre ergab sich ein Fabrikationsgewinn von 0,81 (1,88) Mill. Mk., zu dem noch 0,19 (0) Mill. Mk. Zinsen sowie 0,20 Mill. Mk. aus der Rücklage für Umstellungen treten. Die Unkosten stiegen auf 0,92 (0,89) Mill. Mk. Bei Abschreibungen von 34 830 (137 486) Mark verblieb einschließlich Vortrag ein Reingewinn von 376 315 (1 472 122) Mk. Hieraus soll, wie bereits gemeldet, eine Dividende von 12 Prozent (12 Prozent und 10 Prozent Bonus) verteilt werden bei einem Neuvortrag von 47 437 (126 010) Mk. — Die Bilanz verzeichnet u. a. Vorräte und Materialien mit 2,02 (0,77), Effekten mit 2,59 (2,81), Debitoren und Bankguthaben mit 1,36 (2,28), Kreditoren mit 2,36 (1,64) Mill. Mk. — Der Betrieb hat unter Kohlenmangel zu leiden. Die vorliegenden Aufträge auf Nähmaschinen und Fahrräder sichern noch für längere Zeit Beschäftigung.

Verein für Zellstoffindustrie, A.-G., in Dresden. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 18 Prozent fest und beschloß eine Kapitalserhöhung um 1,4 auf 4 Mill. Mk. Die neuen Aktien sollen zu 120 Prozent im Verhältnis 1 zu 2 den alten Aktionären angeboten werden. Kommerzienrat Marwitz wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt. Die ersten Monate des laufenden Jahres sind befriedigend verlaufen. Falls keine Störungen bei der Kohlen- und Rohstoffbeschaffung eintreten, könne man auf ein günstiges Ergebnis hoffen.

Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln-Kalk. Von 7,79 (11,29) Mill. Mk. Reingewinn beanspruchen Unkosten 5,66 (4,56) und Abschreibungen 2,25 (4,56) Mill. Mk. Es ergibt sich demnach ein Verlust von 0,12 Mill. Mk. (i. V. Gewinn 2,17), um den sich der Gewinnvortrag auf 1,84 Mill. Mk. vermindert. Aus diesem kommt bekanntlich eine Dividende von 5 (9) Prozent zur Verteilung. In der Bilanz erscheinen stärker verändert Schuldner und Bankguthaben mit 13,90 (18,64) und Gläubiger mit 9,74 (10,49) Mill. Mk. Ueber die weitere Entwicklung des begonnenen Geschäftsjahres läßt sich mit Zuverlässigkeit nichts voraussagen. Die beständig zunehmende Rohstoffverteuerung erfordert die Festlegung weiterer erheblicher Geldmittel, und das Unternehmen sieht sich aus diesem Grund veranlaßt, den Antrag auf Erhöhung der Betriebsmittel in Vorschlag zu bringen.

Oberschlesische Zinkhütten-A.-G. in Kattowitz. Die Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 10 Prozent fest. Ueber das Geschäft im neuen Jahre berichtete der Vorstand, daß es sich bisher gut angelassen habe. Wie aber seine weitere Entwicklung sein wird, lasse sich bei den unsicheren Verhältnissen in Oberschlesien nicht im entferntesten sagen. Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat wurden die ausscheidenden Mitglieder Geh. Regierungsrat Rich. Witting, Kommerzienrat Dr. Otto Niedt, Adolf Koch, Bankdirektor Dr. Max Sorpulus, Generaldirektor Konrad Eichhorn, Walter Merton und Direktor Heinrich Warning wiedergewählt.

Berliner Häute-Auktion. Zum Angebot kamen 4518 Ochsenhäute, 9538 Bullenhäute, 4326 Kuhhäute, 5908 Färsenhäute, 6395 Fresserhäute, 734 Schußhäute, 174 bayer. Häute. Die Auktion ist sehr gut besucht. Für alle Gattungen an Häute und Felle herrscht rege Kauflust bei weiter anziehenden Preisen. Gegenüber der letzten Auktion zogen die Preise nur etwa 10—20 Prozent an. Die erzielten Preise sind: Ochsenhäute bis 39 Pfd. 17,90 Mk., do. 40—59 Pfd. 15,70 Mk., do. 60 Pfd. 15,85 Mk., Bullenhäute bis 39 Pfd. 18,20 Mk., do. 40—59 Pfd. 16,10 Mk., do. 60—79 Pfd. 15,75 Mk., do. 80 Pfd. 15,50 Mk., Kuhhäute bis 39 Pfd. 18,75 Mk., do. 40—59 Pfd. 16,35 Mk., do. 60 Pfd. u. mehr 16,15 Mk., Färsenhäute bis 39 Pfd. 18,65—18,70 Mk., do. 40—59 Pfd. 17 Mk., Fresserhäute bis 20 Pfd. 25,05 Mk., Bayer. Ochsenhäute 16,15 Mk., do. Kuhhäute 17,50 Mk., Schußhäute 13,65—21,10 Mk. Alles pro Pfund.

Thüringische Nadel- und Stahlwaren-Fabrik Wolff, Knippenberg & Co. A.-G., Ichtershausen. Nach dem Geschäftsbericht für 1918/19 hat das verflossene Geschäftsjahr nicht die Behebung der bestehenden Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung gebracht. Die sämtlichen Fabrikate der Gesellschaft erfreuten sich einer lebhaften Nachfrage und obgleich dieser nicht immer voll und ganz Rechnung getragen werden konnte, hat sich der Jahresumsatz um 455 465 Mk. gesteigert. Der bestehende Kohlenmangel würde eine Minderproduktion zur Folge gehabt haben, wenn die vorhandenen Wasserkräfte nicht voll hätten ausgenutzt werden können. Für die allgemeine Verteuerung sämtlicher Rohmaterialien und sonstiger Gestehungskosten sowie die infolge Lohnbewegung der Arbeiterschaft erfolgten Lohnaufbesserungen und Teuerungszulagen mußte ein Ausgleich in der Erhöhung der Verkaufspreise versucht werden, obgleich sich die Kundschaft dagegen dauernd ablehnend verhielt. Der Warengewinn stieg in 1918/19 auf 662 733 (546 105) Mk. Dagegen erforderten Handlungsunkosten 177 151 (126 771) Mk., Steuern und Abgaben 41 368 (12 678) Mark und an Verlust auf Debitoren 4973 (1270) Mk., sodaß nach Abschreibungen von 48 072 (52 043) Mk. und einer Sonderrücklage für die Kriegsgewinnsteuer von 168 880 (81 000) Mk. einschließlich 40 971 (46 297) Mk. Vortrag ein Reingewinn von 263 261 (308 640) Mk. verbleibt, der wie folgt verteilt werden soll: Talonsteuer 2000 (1500) Mk., Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds 20 000 (50 000) Mk., Spezialreservefonds 40 000 (—), Mk., 8 (12) Prozent Dividende gleich 136 000 (180 000) Mk., Vorstandstantieme 16 029 (26 084) Mk., Aufsichtsratstantieme 9229 (17 476) Mark, Vortrag 30 003 (33 580) Mk.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 15. Dezember. Weizen Dezember —, Januar —, Mai —, Juli —. Mais Dezember 141, Januar 136, Mai 133, Juli 131⅛. Schmalz Dezember 22,20, Januar 22,22½, Mai 22,97½, Juli —. Pork Dezember —, Januar 35,25, Mai 34,10, Juli —. Rippen Dezember —, Januar 18,20, Mai 18,67½, Juli —. Hafer Dezember 78⅝, Januar —, Mai 81⅛, Juli —.

New York, 15. Dezember. Winter- und Sommerweizen 237½. Mais loko 168¾. Mehl 9,25—10,50. Schmalz 22,60. Kaffee 15.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Prinzmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mischner, Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191218016/fragment/page=0004